

KURZ UND PRÄGNANT

Einen Euro mehr

„Einen Euro mehr pro Stunde und die Sicherung ihrer bisherigen Arbeitsstandards fordern die Einzelhandelsbeschäftigten – maßvoller geht es kaum. Dennoch lehnen es die Arbeitgeber ab, auch nur in Verhandlungen zu treten“, kritisierte MdL Ina Leukefeld. Die Linksfraktion unterstützt den Tarifkampf der Beschäftigten. „Die starre Position der Arbeitgeber lässt längere Auseinandersetzungen erwarten. DIE LINKE wird solidarisch an der Seite der Beschäftigten stehen, bis ein vernünftiger neuer Tarifabschluss vorliegt. Thüringen braucht ‚Gute Arbeit‘ mit guten Löhnen in allen Branchen“, forderte die Arbeitsmarktpolitikerin. ■

Krankenhäuser

Mit Blick auf die Kritik der Thüringer Krankenhausgesellschaft an den Einschnitten bei der finanziellen Förderung der Krankenhäuser durch das Land erklärte MdL Jörg Kubitzki, dass die Krankenhäuser „auch durch ihre Schreiben an die Fraktion bzw. die Bundes- sowie Landtagsabgeordneten der LINKEN deutlich gemacht haben, dass es flächendeckend in Thüringen zu Finanzierungslücken kommt. Diese konkreten Informationen über bevorstehende Engpässe in den nächsten Jahren und in den einzelnen Regionen verdeutlichen die Problemlage. DIE LINKE fordert für die Thüringer Krankenhäuser eine nachhaltige und konsequente Absicherung der finanziellen Mittel durch das Land.“ Zwar sei durch die bisherigen Investitionsförderungen ein hohes Niveau in der Krankenhausausrüstung erreicht worden, aber dieses müsse auch im Interesse der Versorgung der Patienten gehalten werden, der Landeshaushalt dürfe nicht Maßstab für eine patienten- und bedarfsgerechte stationäre Versorgung der Bevölkerung sein. ■

Mentoring-Programm

Zwischen dem 2. September und dem 3. Oktober bietet die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag fünf jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung ein Mentoring-Programm an. Hier gibt es Gelegenheit, linke Politik aus der Nähe kennenzulernen und eine/einen Abgeordneten in der Arbeit zu begleiten. Bewerbungen (Motivations schreiben und Lebenslauf) werden bis spätestens 26. Juli erbeten an die Adresse:

Thüringer Landtag
Fraktion DIE LINKE
Herrn Olaf Weichler
Jürgen-Fuchs-Strasse 1
99096 Erfurt
Oder per E-mail:
kachel@die-linke-thl.de ■

„Je stärker die LINKE, desto sozialer das Land“

Gregor Gysi vor zahlreichen Gästen beim Jahresempfang der Linksfraktion im Landtag

Zahlreiche Gäste aus der Thüringer Landes-, Kommunal- und Sozialpolitik, aus Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden, Vertreter der Kirchen und Verantwortliche aus Kultur- und Sportbereichen des Landes konnte Bodo Ramelow am 3. Juli zum Jahresempfang der Linksfraktion im Innenhof des Landtags in Erfurt begrüßen.

bezeichnete. Herzlich begrüßt wurde Gregor Gysi. Er beschrieb in seiner Rede, die sich neben außenpolitischen und Friedensfragen vor allem mit der Innenpolitik befasste, ein schonungsloses Bild der sozialen Lage in Deutschland. Zu den von ihm aufgezählten Zahlen und Fakten gehört z.B., dass 1,4 Millionen Menschen weniger als fünf Euro in der Stunde verdienen;

ten, der öffentlichen Daseinsvorsorge, im Gesundheits- und Bildungsbereich ein, bevor er abschließend und mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen betonte: „Wenn die LINKE gestärkt wird, wird das Land friedlicher und sozialer!“

Fotogalerie: www.flickr.com/photos/linksfraktion-thueringen



Thüringen fair ändern!

Es gelte, „Thüringen fair zu ändern, damit die Menschen das Gefühl haben, es lohnt sich, hier zu leben, hier zu bleiben und – noch besser – nach Thüringen zu kommen“, betonte der Fraktionsvorsitzende und verwies auf die Zukunftskonzepte der LINKEN in Thüringen. „Ein solcher Tag wie heute ist ein guter Anlass, dazu miteinander ins Gespräch zu kommen“, sagte Bodo Ramelow, der die Abwanderung als eines der größten Sorgen und Probleme im Land

jeder Zweite ist im Niedriglohnssektor vollzeitbeschäftigt und 7,4 Millionen haben nur Minijobs.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag nannte es „einen einzigartigen Skandal“, dass 1,3 Millionen Beschäftigte mit Hartz IV-Leistungen aufstokken müssen. In seiner immer wieder von Beifall begleiteten Ansprache ging Gregor Gysi auch auf die Besorgnis erregenden Entwicklungen bei den Ren-



NSU-Fluchthelferin war bezahlter VS-Spitzel

Mit Blick auf Medien-Meldungen, dass Juliane W., damalige Angehörige der Jenaer Neonaziszene und ehemalige Lebensgefährtin des NSU-Terrorhelfers Ralf Wohlleben, nach dem „Untertauchen“ von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe über einen längeren Zeitraum mehrfach bezahlte Informationen an das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) lieferte, erklärte Martina Renner, Mitglied der Linksfraktion im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss:

„Mit Regelmäßigkeit und hartnäckig haben wir gegenüber der Landesregierung, aber auch bei Zeugenbefragungen, hinterfragt, inwieweit das Landesamt vor oder nach dem Verschwinden der drei NSU-Mitglieder in Jena bezahlte Informanten führte. Diese Frage war auch ein Ausgangspunkt des Aufklärungsversuchs durch die Schäferkommission. Egal wie oder wo gefragt wurde, die Auskunft war: Wir hatten keinen Zugang in Jena, wir führten keine Quelle.“

„Nun taucht eine bezahlte Gewährsperson in der Operation ‚Drilling‘ des Landesamtes auf. Also direkt angeworben, um den Dreien nachzustellen bzw. sich über deren Aufenthaltsort zu vergewissern. Diese Information hätten wir vor anderthalb Jahren erhalten müssen, nicht jetzt, da der Bundesuntersuchungsausschuss kurz vor seinem Abschlussbericht steht.“ Es gehe nicht um irgendeine Quelle, sondern Juliane W. war direkt in Unterstützungshandlungen nach dem Verschwinden von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, wie der Versorgung der Drei mit persönlichen Gegenständen, beteiligt. Es geht auch nicht um irgendeinen V-Mann-Führer. Der in der Presse genannte Beamte Wießner hatte erheblichen Anteil an Werbung und Führung von Tino Brandt. Unzulänglichkeiten bzw. Widersprüche bei dessen Aktenführung wurden schon im Zusammenhang mit dem Anwerbeversuch von Carsten Schulze (Fall Delhi) dem Untersuchungsausschuss bekannt.

Martina Renner will nun im Untersuchungsausschuss folgende Fragen von Landesregierung bzw. Verfassungsschutz beantwortet haben:

1. Warum wurde an keiner Stelle über den Fall „Jule“, die Führung von Juliane W. als Gewährsperson, seitens der Landesregierung informiert?
2. In wie vielen Fällen führte das LfV Informanten in der Operation Drilling?
3. Inwieweit hat Juliane W. Informationen geliefert, die dazu führten, dass das LfV die Drei in Chemnitz vermutete und dort operativ tätig wurde?
4. Wie waren Referats- und Abteilungsleitung im LfV eingebunden und gab es Kooperationen mit dem BfV?
5. Inwieweit haben parallele Observationen des LfV zu polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Bomben- und Sprengstoffdelikten im Oktober 1996 einen direkten Bezug zu späteren Nachstellungen des LfV, die geeignet waren, die Polizei mit fehlerhaften Informationen auf falsche Fährten zu locken. ■